

# **Beschluss der Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt zur offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA-Mittel) in Bremen-Mitte und der Östlichen Vorstadt**

Die Lage der Träger der OKJA in Bremen-Mitte und in der Östlichen Vorstadt lässt sich als prekär und stark gefährdet beschreiben. In enger Absprache mit den Trägern weisen die Beiräte der zuvor genannten Stadtteile auf die unzureichende Finanzierungssituation hin. Seit Jahren verschlechtern sich die finanziellen Möglichkeiten der Träger trotz steigender Kosten und steigender Zahlen von Kindern und Jugendlichen. Die unmittelbare Folge dessen sind gravierende negative Auswirkungen auf die Personalbemessung sowie auf das pädagogische Angebot.

Die im Jahr 2023 geforderte Erhöhung der OKJA-Mittel um 25% ist ausgeblieben. Es gab eine einmalige Aufstockung um 7%, die allerdings in ihrer Verteilungssystematik umstritten war. Diese als einmalig titulierte Aufstockung um 7 % für das Jahr 2024 deckt in keinerlei Art und Weise die Bedarfe der Träger, die sich durch eine jahrelange Sparpolitik aufsummiert haben.

In Anbetracht der äußerst angespannten bildungs- und armutspolitischen Situation im Land Bremen sind pädagogische Angebote, Rückzugsräume und die Betreuung außerhalb des schulischen Rahmens für viele Kinder und Jugendliche essenziell; die Arbeit der Träger muss auch als Präventionsarbeit verstanden werden, durch die zukünftig anfallende Kosten deutlich niedriger ausfallen.

Die Forderungen der Träger wiederholen sich ungehört seit Jahren, obgleich sich die Drastik der finanziellen Situation deutlich intensiviert hat. Die ausreichende Aufstockung der „OKJA-Mittel“ muss in diesem Sinne als obligatorisch für die Trägerlandschaft verstanden werden, um die Sicherung und Aufrechterhaltung des bereits vorhandenen Angebotes sicherzustellen.

Es muss im Interesse des Landes Bremen stehen, die Fortführung der Arbeit der Träger der Jugendeinrichtungen durch eine Aufstockung der „OKJA-Mittel“ zu gewährleisten.

## **Beschluss:**

Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt fordern den Senat aus diesen Gründen dazu auf:

- die „OKJA-Mittel“ um 25% zu erhöhen
- ein dauerhaftes Konzept zu entwerfen, dass den präventiven Ansatz der offenen Jugendarbeit stärkt (inkl. Finanzierung)
- eine Neubemessung des Bedarfs und damit der Mittelverteilung im Land Bremen vorzunehmen
- perspektivisch eine längerfristige und auskömmliche Finanzierung zu entwickeln, die den Trägern Planungssicherheit gibt und ermöglicht, Fachpersonal an den Träger zu binden und zu halten sowie das bestehende Angebot zu erhalten sowie neue Ideen, Projekte und Formate zu ermöglichen
- den Verwaltungsaufwand für die Träger zu reduzieren und die Planungssicherheit der Träger und Einrichtungen zu erhöhen durch folgende Maßnahmen:
  1. Festbetragsfinanzierungen; 2. Zuwendungsverträge mit mehrjähriger Laufzeit; 3. Abschaffung der Planungsreserve